

09. Juli 2013

## Kohnen fordert Verbot von Agro-Gentechnik auf staatseigenen Flächen

Heimat nicht der Profitgier von Konzernen opfern!

Die SPD-Landtagsfraktion fordert das Verbot von Agro-Gentechnik auf staatseigenen Flächen. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Umweltexpertin **Natascha Kohnen** mahnt: "Die Staatsregierung ist in der Pflicht, die bayerischen Fluren für die Agro-Gentechnik endlich dicht zu machen – nicht nur in Sonntagsreden und auf Wahlkampf Bühnen, sondern auch im Parlament!" Die SPD hat dafür ein Antragspaket vorgelegt, das auch verstärkte und transparente Kontrollen von Lebensmitteln und Saatgut sowie strengeren Schutz von sensiblen Gebieten, wie beispielsweise Nationalparks, fordert.

Kohnen kritisiert das Verhalten der Staatsregierung beim Thema Gentechnik als „Augenwischerei“. Noch als Umweltminister hatte Markus Söder per Pressemitteilung angekündigt, einen Beitritt zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa prüfen zu wollen. Doch geschehen ist nichts, da die CSU-Fraktion diesen Schutz der Bevölkerung strikt ablehnt. Kohnen mahnt hier aber Tempo an: "Die Agro-Gentechnik kann, einmal in die Umwelt eingebracht, nie mehr zurückgeholt werden. Wir dürfen unsere Heimat nicht der Profitgier einzelner Saatgutkonzerne opfern!"

Im SPD-Antragspaket wird konkret ein Verbot von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf landeseigene Flächen gefordert, was auch die Änderung von Pachtverträgen mit Landwirten bedeuten würde. Aus der Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage ans Plenum geht hervor, dass es keinerlei Informationen zum Umfang der verpachteten Flächen gibt und eine GVO-Klausel derzeit nicht Bestandteil der Verträge ist. Kohnen bemängelt: "Die Datenlage ist erschreckend dünn. Es kann doch nicht sein, dass der Freistaat nicht fähig ist, den Umfang der verpachteten Flächen zu nennen!"

Kohnen ist zugleich hoch erfreut über das breite gesellschaftliche Bündnis beim Kampf gegen Agro-Gentechnik: "Verbraucher- und Umweltschützer sowie fast alle Bauernverbände stehen hier zusammen. Am Samstag wird bei einer Demonstration in München gemeinsam ein Zeichen gegen Gentechnik gesetzt. Dass die amtierende Staatsregierung nicht mehr bekehrt werden kann, ist augenscheinlich. Aber unter einem Ministerpräsidenten Christian Ude wird die besorgte Bevölkerung endlich Gehör finden."

Mit freundlichen Grüßen

Carolin Arns

Pressereferentin

BayernSPD-Landtagsfraktion, Pressestelle

Telefon: 089/41 26 23 47

FAX: 089/41 26 11 68

pressestelle@bayernspd-landtag.de

www.bayernspd-landtag.de

